**Kosovo – Land zwischen den Welten**

Ein Bericht von Cornelia Ernst über ihren Aufenthalt im Kosovo kurz vor Weihnachten 2009 - Hintergrundinformationen, Rückblicke in die Kriegszeiten, Eindrücke der Reise und Informationen zu den Gesprächen, die sie im Kosovo führte.


1. Hintergrund

2. Welche Rolle haben in den Kriegen die Minderheiten Roma, Ashkali und Ägypter gespielt?

3. Reisebericht

4. Gespräche in Prishtina und Mitrovica am 18. und 19. Dezember 2009

 **1. HINTERGRUND**

Kosovo, eine Region, ein winziges Land, ein Drittel der Fläche von Schleswig –Holstein (10.900 m²) mit ungefähr der Hälfte der Einwohner Sachsens (ca. 2,1 Mio EW), liegt im Herzen der Balkanhalbinsel. Die Nachbarn sind Serbien, Albanien, Mazedonien und Montenegro.

Am 17. Februar 2008 trennte sich die Region von Serbien und erklärte die Unabhängigkeit des Kosovo. Bislang haben von 192 UN-Mitgliedsstaaten 64 das Kosovo anerkannt und 22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Umstritten ist der völkerrechtliche Status der Abspaltung des Kosovo von Serbien bis heute. Länder wie Russland, Spanien und viele andere unterstützen die serbische Position. Die Prüfung des Status des Kosovo vor dem Internationalen Gerichtshof steht 2010 an und wird große Bedeutung für den gesamten Balkan haben.

Das winzige Kosovo ist seit vielen Jahrhunderten Zankapfel in der europäischen Politik. Wechselvoll ist die Geschichte. Einst illyrisch, später römisch, dann byzantinisch, im 7. Jahrhundert schließlich besiedelt durch die Slawen, war das Kosovo stets Objekt verschiedenster Begehrlichkeiten. 1389 fand die große Schlacht auf dem Amselfeld statt, wo die serbisch-bosnisch-albanische Allianz von den Türken bezwungen und Kosovo als osmanische Provinz einverleibt wurde. Kein anderes Ereignis hat die Region mehr geprägt, Albaner und Serben. Die Schlacht ist ein Mythos in der kosovarischen Geschichte geworden, hat den Unabhängigkeitswillen seiner Bewohner demonstriert. Das spiegelt sogar der Name wider – serbokroatisch ?Amsel? – heißt ?Kosovo?, während die Albaner von Dardania sprechen. Es folgte alsbald die Islamisierung des Kosovo, viele Albaner wanderten in die Region ein und prägten deren Gesicht.

1912 wurde nach dem ersten Balkankrieg Kosovo Serbien zugeschlagen. Während des Zweiten Weltkrieges gehörte es zu Albanien, später wieder zu Serbien. Nach der Gründung Jugoslawiens im Jahr 1946 kam das Kosovo wieder zu Serbien, ab 1974 gewährte Jugoslawien unter dem kommunistischen Staatschef Tito dem Kosovo umfangreiche politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomierechte, bis Milosevic 1989 die Autonomie mit Unterstützung des Parlamentes aufhob. Albanisch durfte nicht mehr gesprochen und in der Schule nicht mehr gelehrt werden. Albanische Vereine und Parteien wurden verboten, Albaner und Minderheiten aus Verwaltungen entlassen. 1995 wurde mit dem Dayton-Abkommen keine Lösung mit Serbien herbeigeführt. Ab 1998 spitzte sich der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo erneut zu, im März 1999 begann der völkerrechtswidrige Angriff der NATO ohne UN-Mandat. Seit dem Juni 1999 wurden ca. 250.000 Menschen aus dem Kosovo vertrieben, die Mehrzahl waren Serben, Roma, Juden, Türken und andere Minderheitenangehörige. Nach dem Krieg, der viele Wunden gerissen, eine gewaltige Fluchtwelle in zahlreiche Länder Europas und andere Kontinente hervorgerufen und das Zusammenleben der ethnischen Minderheiten praktisch unmöglich gemacht hatte, wurde eine zivile Übergangsverwaltung (UNMIK) durch die UNO eingesetzt. Dass keine wirklichen Lösungen der sich überlagernden Konflikte erfolgten, zeigte sich wenige Jahre später. 2004 wurde ein tragischer Zwischenfall von Albanern und Serben zum Anlass für erneute grausame Gewaltausbrüche im Kosovo genommen. Ergebnis waren mehr als 20 Tote, Tausende Verletzte, 4000 Angehörige von Minderheiten wurden vertrieben, 22 Kirchen und Klöster niedergebrannt. Bis 2008 stand das Kosovo unter UN-Kontrolle durch UNMIK, wobei das Kosovo formell zu Serbien gehörte.

Am 17. Februar 2008 folgte schließlich die Unabhängigkeitserklärung. Wichtige Funktionen der Staatsführung wurden schrittweise an kosovarische Behörden übergeben, wie die Polizei und die außenpolitische Vertretung.

 **2. WELCHE ROLLE HABEN IN DEN KRIEGEN DIE MINDERHEITEN ROMA, ASHKALI UND ÄGYPTER GESPIELT?**

Das Kosovo ist eine Vielvölkerregion, in der auch unterschiedliche Religionen zuhause sind, insbesondere die sunnitisch-muslimische und christliche Religion. Wie immer in der Geschichte sind es aber die Minderheiten, die unter den Kriegswirren besonders leiden. Im Kosovo leben neben der albanischen Mehrheit (88%) mehrere Minderheiten, wie Serben, Türken, Bosniaken, Kroaten, Montenegriner, Gorani, Roma, Ashkali und Ägypter (RAE). Roma, Ashkali und Ägyptern ist gemeinsam, dass sie als Menschen mit dunklerer Hautfarbe leicht erkennbar sind.

Vor 1999 gab es im Kosovo schätzungsweise 150.000 Roma, Ashkali und Ägypter. Davon wurden nach dem Krieg unter den Augen der NATO-Truppen 130.000 aus ihren Häusern und angestammten Dörfern vertrieben. 14.000 ihrer 19.000 Häuser wurden zerstört. 75 von diesen Minderheiten bewohnte Stadtteile und Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht. So auch die große Roma-Siedlung in Mitrovica, die ?Mahalla?, wo einst 8000 Roma lebten, heute, nach dem Beginn des Aufbaus, etwas mehr als 100 Familien. Auch 2004, während der Gewaltausbrüche zwischen Serben, Albanern und anderen ethnischen Minderheitengruppen wurde sie ?Kollateralschaden? und erneut dem Erdboden gleich gemacht. Tausende flüchteten erneut, entweder in die umliegenden Nachbarstaaten oder in andere europäische Länder, wie Deutschland, wo heute ca. 55.320 Bürger aus dem Kosovo leben. Davon sind 14.400 so genannte ausreisepflichtige Personen, darunter ca. 10.000 Roma. Viele Roma, Ashkali und Ägypter, deren Roma-Mahalla im Zuge der gewalttätigen Auseinandersetzungen dem Erdboden gleichgemacht wurde, mussten in die Camps Cesmin Lug und Osterode im Norden von Mitrovica fliehen. Dort leben sie nun seit mehr als zehn Jahren in armseligen Plastik- und Blechhütten, auf bleiverseuchtem Boden.

Laut dem OSZE-Bericht vom Juli 2009 leben heute ca. 35.000 Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo, genaue Zahlen gibt es jedoch nicht.

 **3. REISEBERICHT**

Es gilt gemeinhin hat etwas verrückt, kurz vor Weihnachten auf eigene Faust in das tief verschneite Kosovo zu fliegen, wo minus 20 Grad im Winter nichts Aussergewöhnliches sind.

Dass wir noch 2009 unbedingt diesen Weg antreten würden, war u.a. auch ein Versprechen, dass wir, ich und meine engagierte Mitarbeiterin Manuela Kropp, am 2. Oktober gegeben hatten. Am 2. Oktober in Köln hatte eine von uns initiierte Anhörung zur Situation der Roma in Europa stattgefunden, an der Roma-Vertreter/innen aus Deutschland, Ungarn und Rumänien teilnahmen. Die Anhörung war sozusagen denkwürdig, als nicht schlechthin über Roma gesprochen wurde, sondern mit ihnen. Schnell wurde uns die besondere Diskriminierungssituation von Roma bewusst, nicht nur als ethnische Minderheit, wie es andere Minderheiten leider häufig erleben müssen, sondern durch besondere, historisch tief verwurzelte Vorurteile in erster Linie gegen Roma und Sinti, die mit 10 Millionen die größte Minderheit in der Europäischen Union darstellen, und dennoch unter Diskriminierung und Ausgrenzung leiden müssen.

Dass man mit Antiziganismus (Romafeindlichkeit) in einigen europäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Wahlen gewinnen kann, es in einigen Staaten zur Normalität gehört, in Fußballstadien antiziganistische Hassorgien zu skandieren und rassistische, roma-feindliche Werbefilme auszustrahlen, machte deutlich, wie dringend der Handlungsbedarf zum europaweiten Schutz dieser Minderheiten besteht. Sinti und Roma werden in vielen Mitgliedstaaten aus rassistischen Gründen diskriminiert, sind Armut, sozialer Ausgrenzung, Schikanierung und körperlichen Angriffen ausgesetzt.

Konkreter Anlass, nicht sofort nach Ungarn, Rumänien oder in die Slowakei zu reisen, wo die Situation für die Gruppe der Sinti und Roma außerordentlich angespannt ist, sondern in das Kosovo, war der Beginn der Umsetzung des Rückführungsabkommens zwischen Deutschland und dem Kosovo, geschlossen im Juli 2009, wodurch 10.000 in Deutschland lebende Roma von der Abschiebung bedroht sind. Sie hatten nach dem Kosovo-Krieg in Deutschland einen gewissen Schutz gefunden, und da ihnen aber kein dauerhaftes Bleiberecht zugestanden wurde, sondern nur die Duldung, droht ihnen nun die "zwangsweise Rückführung". Hinzu gefügt werden muss, dass diese Rücküberführungsabkommen Vorbedingungen für die Zusammenarbeit mit der EU und den vom Kosovo angestrebten Beitritt zur EU sind. Jedes Land, dass beispielsweise die Visa-Freiheit im europäischen Raum anstrebt, wird gezwungen, Flüchtlinge, die das Land vor Jahren verlassen haben, wieder aufzunehmen, egal, ob der entsprechende Staat dazu wirtschaftlich und politisch in der Lage ist oder nicht.

Die deutsche Bundesregierung rechtfertigt die Abschiebungen folgendermassen: Es gebe "keinerlei Anzeichen für gewalttätige Übergriffe von Seiten der Behörden der Republik Kosovo gegen ethnische Minderheiten" und es finde keine Verfolgung aus ethnischen Gründen statt. Daher stehe der Abschiebung von Angehörigen der Roma-Minderheit nichts im Wege.

Wir wollten im Kosovo erfahren, was diese Argumentation wert ist.

Wie ist die Situation für Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo?

Wie leben aus Deutschland in das Kosovo Abgeschobene bzw. freiwillig Zurückgekehrte tatsächlich vor Ort?

Wie denken die Verantwortlichen im Kosovo über dieses Problem?

Wie wirkt sich die Rückführungspolitik der deutschen Bundesregierung auf die Lebensverhältnisse im Kosovo aus?

Ist es menschenrechtlich vertretbar, gegenwärtig Rückführungen ethnischer Minderheiten, speziell der Roma, Ashkali und Ägypter, durchzuführen?

 **Zur gegenwärtigen Situation im Kosovo allgemein - Wie leben die Menschen dort nach zwei furchtbaren Kriegen?**

Wer durch das kleine Land fährt, an großartigen Berglandschaften und winzigen Tälern vorbei, der kann trotz der überall sichtbaren Kriegswunden, alter Panzern am Wegesrand, den langsamen, aber dennoch beginnenden Aufbau von Siedlungen erleben. In UNMIK-Gebäuden entstehen Regierungsbehörden, große Bilder und Plakate von Rugowa und ehemaligen UCK-Kämpfern hängen überall in Pristina. Und man spürt, dass die Unabhängigkeitserklärung den Kosovo-Albanern ein neues Selbstbewusstsein gegeben hat. Auch Stolz, wie ich es mehrfach erleben konnte. Ich habe wunderbar offene Menschen kennen gelernt, aber auch viele, die müde geworden sind, Missstände und Unzumutbarkeiten im Leben der Menschen immer wieder neu anzusprechen. Und ich stellte fest, dass die Hilfen für die Menschen seitens der EU nicht ausreichen. Mir sind Zyniker begegnet, Sprachgenies und so viele bitterarme Leute, drei Flugstunden von meiner Heimatstadt Dresden entfernt, mitten in Europa.

Das Kosovo gehört zu den ärmsten Regionen Europas, vergleichbar mit zahlreichen Entwicklungsländern. Trotz einer gewissen Verbesserung der Wirtschaftsaktivitäten und der formalen Beschäftigung sowie eines vermuteten Rückgangs der Armut bleibt der Aufbau einer tragfähigen Wirtschaft wohl eine Herkulesaufgabe. Bisher beruhte die sichtbare Verbesserung der Infrastruktur in starkem Maße auf der Aufbau- und Entwicklungshilfe der internationalen Gemeinschaft, allen voran der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie der USA und der verschiedenen UN-Organisationen. Wesentliche Triebfeder für die Wirtschaftsentwicklung waren jedoch Rücküberweisungen der Auslandskosovaren und deren vorsichtige Investitionen. Etwa 37 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, und 16 % gelten sogar als extrem arm. Für die Gruppe der Roma, Ashkali und Ägypter allerdings ist die Situation noch dramatischer: sie leider unter einer Arbeitslosenrate von 95 % und finden nahezu keinerlei Möglichkeit, auch nur irgendwie ihren Lebensunterhalt zu sichern. Bitterste Armut und große Hoffnungslosigkeit sind die Folge.

Trotz vorhandener Rohstoffe im Kosovo wie Erz, Blei und Zink war der lokale Industriesektor nie sonderlich ausgeprägt, durch die Kriege und eine verfehlte Struktur- und Wirtschaftspolitik gibt es gegenwärtig auch keine nennenswerte Produktion. Der Hauptsektor, die Landwirtschaft, ist weithin unentwickelt, die Wirtschaft funktioniert weitestgehend informell, staatliche Strukturen befinden sich noch in den allerersten Anfängen. Defizite gibt es besonders auch in der Verkehrsinfrastruktur und Energieversorgung. Es gibt noch keine eigene Verwaltungstradition, Korruption ist weit verbreitet, nicht zuletzt, weil die Gehälter für Angestellte im öffentlichen Dienst die Sicherung des Lebensunterhaltes nicht gewährleisten können. Der finanzschwache Staat genießt nur wenig Vertrauen seitens der Bevölkerung, weil er die Lage seiner Bürger bislang kaum zu bessern vermochte. Es gibt weder eine allgemeine Krankenversicherung, noch ein intaktes Sozialwesen, so dass fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung in bitterer Armut lebt, das heißt unter 0,93 Euro pro Tag und Erwachsenen zur Verfügung hat (der durchschnittliche Verdienst beträgt 200Euro monatlich). Ein Großteil der Familien ist auf die Unterstützung der im Ausland lebenden Verwandten angewiesen - ohne diese Hilfe könnten viele Familien im Kosovo schlicht nicht überleben. 75% aller erwerbsfähigen Jugendlichen sind ohne Arbeit. Das Pro-Kopf-Einkommen des Kosovo liegt nach Angaben der Kommission 2009 bei ca. 6,9% des Durchschnitts der EU-Mitgliedsstaaten. Ein großes Problem ist die Analphabetenrate, besonders unter den Frauen, denn 20 % können weder lesen noch schreiben.

Wer in das Kosovo reist, besucht entweder seine dort lebende Familie, ist KFOR-Soldat oder arbeitet für eine der ansässigen EU-Institutionen. So erschien es mir, als ich den Flug nach Prishtina – nach einigen Wetterturbulenzen von Wien aus, doch noch antreten konnte. Wir landeten auf einem kleinen Flughafen, nicht viel größer als ein Fußballplatz.

Vor uns waren zwei arbeitsreiche Tage. Dazu wird eine ausführliche Dokumentation angefertigt und zur Verfügung gestellt.

 **4. Gespräche in Prishtina und Mitrovica am 18. und 19. Dezember 2009 - Hier eine kurze Zusammenfassung.**

Am 18. fanden zahlreiche Gespräche zum Thema "Situation der Roma-Minderheit im Kosovo" statt. Unser Ausgangspunkt war ein Briefing im EC Liaison Office in Kosovo.

**European Commission Liaison Office to Kosovo (ECLO) - Wir sprachen mit Khaldoun Sinno (Head of Political, Economic and EU Integration Section), Emmanuel Cohen-Hadria (Policy Officer) und Samir Selimi, (Task Manger/Social Development/Operation Section).**

Das Verbindungsbüro der Europäischen Kommission ist von großer Bedeutung für die Beziehungen zwischen dem Kosovo und der Europäischen Union. Es koordiniert den Einsatz der finanziellen Beihilfen zum Aufbau der Institutionen, zur wirtschaftlichen Entwicklung und regionaler Integration. Aber auch Projekte zur Förderung der Integration von Minderheiten sind vorgesehen. Im Februar 2010 wird die Europäische Kommission das Projekt zur Umsiedlung der Roma aus den bleiverseuchten Camps Cesmin Lug und Osterode im Norden von Mitrovica beginnen, 5 Millionen Euro stehen dafür bereit. Jedoch konzentrieren sich die Projekte des ECLO vor allen Dingen auf die sogenannten "freiwilligen" Rückkehrer - für die Abgeschobenen sind derzeit keine Projekte vorgesehen. Unsere Gesprächspartner machten deutlich, dass die vorhandenen Gesetze zur Integration der Abgeschobenen Minderheitenangehörigen tatsächlich umgesetzt werden müssen, doch dies fällt schwer, weil bislang das kosovarischen Innenministerium die speziellen Probleme der Abgeschobenen nicht erkannt hat und demzufolge auch nicht darauf reagiert. Das Hauptproblem für die abgeschobenen Roma stellt die Unterbringung und die Geltendmachung von Eigentumsrechten dar. In vielen Fällen lassen sich die Grundbücher nicht mehr auffinden oder es gibt mehrere "rechtmässige" Eigentümer, so dass die Eigentumsverhältnisse in langwierigen Gerichtsprozessen geklärt werden müssen - was natürlich in der Praxis dazu führt, dass die Familien von Obdachlosigkeit bedroht sind und dann in sehr beengten Verhältnissen bei Verwandten Unterschlupf suchen müssen.

**Organisation for Security and Co-operation in Europe, OSCE Mission in Kosovo - Gespräch mit Wolff-Michael Mors (Deputy Director) und Annette Brandt (Senior Communities Advisor, Policy)**

Die OSZE verkörpert die größte internationale zivile Präsenz im Kosovo und engagiert sich besonders für die Förderung der Menschenrechte, Minderheitenrechte (Bildung, Sprache, Kultur, Anti-Diskriminierungspolitik und Eigentumsrechte) und die Durchsetzung der Rechtsstaatsprinzipien im Kosovo. Wolff-Michael Mors und Annette Brandt hoben hervor, dass die Aspekte, die darüber entscheiden sollten, ob eine Abschiebung stattfinden kann, der Zugang zu Dokumenten, zu Unterkunft, Ausbildung, zur Gesundheitsversorgung und zu sozialer Unterstützung sind. Die in vielen Fällen ungeklärten Eigentumsverhältnisse und fehlende Unterkunftsmöglichkeiten für die Abgeschobenen (da Roma sich oft eine Mietwohnung nicht leisten können und in den meisten Fällen auch nicht als Mieter akzeptiert werden) stellten für die UNMIK (bis 2008) den Hauptgrund dar, die geplanten Abschiebungen von deutscher Seite abzulehnen, so dass die geduldeten Flüchtlinge aus dem Kosovo in Deutschland bleiben konnten. Das im Juli 2009 zwischen dem Kosovo und Deutschland geschlossene Rückführungsabkommen verpflichtet nun jedoch den Kosovo, die im Krieg nach Deutschland geflohenen Menschen "zurückzunehmen".

Albanische Flüchtlinge beispielsweise, die einer Abschiebung nicht entgehen konnten, haben bessere Möglichkeiten, von ihren Familien aufgenommen zu werden, da diese über mehr Wohnraum und bessere Häuser verfügen. Für die Roma ist die Lage wesentlich schwieriger, da die Häuser ihrer Verwandten weit weniger Aufnahmekapazität haben und so familiäre Konflikte und Spannungen vorprogrammiert sind.

Die ohnehin schwierige Situation der Abgeschobenen im Kosovo wird noch dadurch verschärft, dass ihnen von denjenigen, die während des Kosovo-Krieges nicht geflohen sind, vorgeworfen wird, sie hätten nicht gelitten und nicht gekämpft, und sich sozusagen vor der Verantwortung "gedrückt".

Es ist sehr schwierig, die zahlreichen Gerichtsprozesse aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse bei Grund, Boden und Häusern zu bearbeiten. Da die Zahl der Verfahren nicht anders zu bewältigen ist, hat sich die Kosovo Property Agency entschieden, durch Massenverfahren wenigstens in einigen Fällen eine Klärung herbeizuführen. Meistens ist es jedoch sehr schwierig, eine formale Lösung zu finden, so dass in einigen Fällen eine Legalisierung vorgenommen wird und die neuen "unrechtmässigen" Bewohner der Häuser ein legales Eigentumsrecht erhalten, oder es wird öffentliches Land in Privateigentum umgewandelt und an neue Eigentümer übergeben.

Unsere Gesprächspartner betonten, dass die "Strategy for the Integration of Roma, Ashkali and Egyptian Communities in the Republic of Kosovo 2009 - 2015" praktisch nicht umgesetzt wird, da den Kommunen schlicht die finanziellen Mittel dafür fehlen.

Die OSZE hat eine Einheit zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet. Während früher der Kosovo das Transitland für Menschenhändler war und sozusagen der Eingang zur Europäischen Union, so muss die OSZE nun gegen Menschenhandel innerhalb der Grenzen des Kosovo kämpfen.

**Roma and Ashkali Documentation Centre - Wir sprachen mit Bekim Syla, RADC Manager in Civil Rights Programme**

Bekim Syla hat während des Gesprächs sehr deutlich gemacht, wie ermüdet die Roma-Minderheit von den vielen Versprechungen und Plänen seitens der kosovarischen Regierung sind, da sich schlicht nichts an ihrer Situation bessert. Die Probleme, die er aufzählte, sind bekannt: eine Arbeitslosenrate von 95 % unter den Angehörigen der Roma-Minderheit, fehlende Dokumente der Abgeschobenen, was dazu führt, dass sie ihr Eigentum nicht beanspruchen können und keinen Zugang zu den ohnehin schon sehr geringen sozialen Leistungen des Staates haben, die Isolierung der abgeschobenen Kinder in der Schule, da sie nur Deutsch sprechen und erst albanisch lernen müssen.

Bekim Syla betonte, dass im Falle von Abschiebungen die deutschen Innenministerien klären sollten, ob die betroffenen Personen hier im Kosovo über Wohnraum und Kontakte zu Verwandten verfügen. Seiner Ansicht nach könnten so zumindest die schlimmsten Härten der Abschiebung gemildert werden.

Nach den Erkenntnissen des Roma and Ashkali Documentation Centre verlassen viele abgeschobene Roma den Kosovo erneut, um nach Serbien, Mazedonien oder wieder in die Europäische Union zu gelangen.

Die jährlich erscheinenden Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zum Kosovo, die die Erweiterungsstrategie der EU erläutern, sollten unter stärkerer Einbeziehung der lokalen NGOs entstehen. Denn ansonsten sind die Fortschrittsberichte in Bezug auf die Umsetzung von Minderheitenrechten zu positiv und bilden die realen Schwierigkeiten und Probleme der RAE-Minderheit im Kosovo nicht ab.

**Ministry of Internal Affairs, Gespräch mit Fisnik Rexhepi, Political Adviser**

Fisnik Rexhepi bezeichnete das Rückführungsabkommen mit Deutschland als Herausforderung und Chance gleichmassen. Allerdings betonte er ganz klar, dass Deutschland den Kosovo bei der Integration der abgeschobenen Roma unterstützen sollte. Beispielsweise könnten die Innenministerien die kosovarischen Behörden im Vorfeld informieren, zu welchen ethnischen Minderheiten die abgeschobenen Menschen gehören. Ausserdem sollten sich die verschiedenen Innenministerien untereinander abstimmen, damit nicht mehrere Flugzeuge gleichzeitig in Prishtina landen und die Behörden vor dem Problem der Unterbringung von 60 Roma stehen.

Der Mangel an Wohnraum und Arbeitsplätzen sei der Haupthinderungsgrund, der gegen die Abschiebungen spräche. Jedoch sei die angestrebte Visa-Liberalisierung für den Kosovo nur zu erreichen, wenn der Kosovo das Rückführungsabkommen vom Juli 2009 umsetze.

**United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) - Gespräch mit Ambaoumba Mbili und Andrew Ginsberg**

Seit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahre 2008 gibt es von den westlichen europäischen EU-Mitgliedstaaten, die während des Krieges Flüchtlinge aufgenommen haben, viel Druck, um die Menschen wieder in den Kosovo abzuschieben.

Jedoch hat der Kosovo nicht die Kapazität, so viele Menschen aufzunehmen, inbesondere nicht Menschen, die der Roma-Minderheit angehören. In dem Papier des UNHCR zur Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo (UNHCR's Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Individuals from Kosovo) wird ganz klar hervorgehoben, dass Rechtssicherheit, der Zugang zu sozialen Dienstleistungen und die Garantie der Bewegungsfreiheit die Kriterien sein müssen, um zu entscheiden, ob eine Abschiebung als "zumutbar" gelten kann. Andrew Ginsberg hob hervor, dass die Roma im Kosovo immer noch Verfolgungen ausgesetzt sind, und sie keineswegs über Bewegungsfreiheit, Zugang zu sozialen Dienstleistungen oder Rechtssicherheit verfügen. Er bedauerte, dass seit Inkrafttreten des Rückführungsabkommens keine Rückführungsersuchen von deutscher Seite abgelehnt werden konnten - was bis 2008, als das Kosovo noch unter UNMIK-Verwaltung (UNO-Übergangsverwaltung) stand, in vielen Fällen möglich war, so dass die betreffenden Personen in Deutschland bleiben konnten.

Wenn Deutschland den Kosovo auffordert, eine Person "zurückzunehmen", also die Abschiebung zu gestatten, dann wird von kosovarischer Seite nicht die Ethnie der betreffenden Person abgefragt. Hier sollte der Kosovo Deutschland unter Druck setzen, damit von deutscher Seite die entsprechenden Informationen geliefert werden und zumindest verhindert werden kann, dass eine zu große Gruppe von Roma gleichzeitig abgeschoben wird.

Viele abgeschobene Roma verfügen nicht über ausreichende Dokumente, um Zugang zu sozialen Dienstleistungen zu bekommen. Oft fehlen ihnen Geburtsurkunde, Schulzeugnisse und Eigentumsnachweise. Wenn die abgeschobenen Roma feststellen müssen, dass ihr Haus im Zuge der interethnischen Konflikte im Kosovo zerstört wurde, erhalten sie keinerlei Entschädigung dafür. Allerdings erhalten sogenannte freiwillige Rückkehrer Unterstützung durch den kosovarischen Staat, um ihre Häuser wieder aufzubauen.

Beide Gesprächspartner bedauerten, dass das kosovarische Innenministerium die besondere Problemlage der abgeschobenen Roma nicht erkannt hat, obwohl es eindeutig in ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Das Ministerium bleibt untätig.

Viele der abgeschobenen Roma müssen weiter nach Serbien ziehen, oder sie versuchen, erneut in die Europäische Union zu gelangen. In vielen Fällen bleibt den Roma auch keine andere Möglichkeit, als in die bleiverseuchten Camps Cesmin Lug und Osterode im Norden von Mitrovica zu gehen.

**Danish Refugee Council, Gespräch mit Jasmina Dalipovic, Project Manager und Rolf Karlsson, Technical Advisor**

Seit 2003 arbeitet der Danish Refugee Council mit Roma, Ashkali und Ägyptern im Kosovo. In der Roma-Mahala (übersetzt: Roma-Siedlung) in Mitrovica betreuen Jasmina Dalipovic und Rolf Karlsson Ausbildungs- und Beratungsprojekte für Roma, die während des Kosovo-Krieges 1999 und der ethnischen Auseinandersetzungen in 2004 vertrieben wurden.

Nach dem Krieg 1999 wurde die große Roma-Siedlung, in der rund 8.000 Roma lebten, von Albanern buchstäblich dem Boden gleichgemacht, die Bewohner wurden getötet oder vertrieben. 2004, als Teile der Mahala durch internationale Organisationen wieder aufgebaut worden waren und einige Familien wieder dort lebten, wurde die Mahala ein zweites Mal komplett zerstört. Seitdem gehen, auch aus Gründen von Divergenzen zwischen den beteiligten Behörden, NGOs und Vertretern der Roma, die Neuansiedlungsbemühungen nur schleppend voran. Hilfsorganisationen im Auftrag von UNDP haben auf Gemeindeland Apartmenthäuser aufgebaut sowie einzelne Häuser für Rückkehrer, die ihren Grundbesitz dokumentieren konnten. Wo eigener Grund nicht nachgewiesen werden kann, bauen die Hilfsorganisationen auch keine Häuser. Deshalb stehen auf dem weitläufigen Areal einzelne Häuser inmitten von Brachland. Viele Häuser sind mehrstöckig, haben aber eine winzige Grundfläche. Allerdings werden diese Häuser für IDPs (internally displaced persons, Binnenflüchtlinge) gebaut, nicht für abgeschobene Roma aus der Europäischen Union. Die Familien aus Deutschland, die in der Roma-Mahalla Unterschlupf gefunden haben, leben in Häusern, die eigentlich für andere Familien vorgesehen waren.

Jasmina Dalipovic betonte, dass der Danish Refugee Council die Richtlinien des UNHCR zur Schutzbedürftigkeit von Personen aus dem Kosovo anerkennt und deshalb die Abschiebepraxis der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ablehnt. Hinzu kommt, dass die Kommunen keinerlei Integrations- oder Unterstützungsangebote für die Abgeschobenen anbieten. Beispielsweise verfügen die kommunalen Behörden, die mit der Integration von freiwilligen Rückkehrern beauftragt sind, über keinerlei Ausstattung, um vernünftig ihrer Arbeit nachgehen zu können. So müssen sie sich Autos und Handys vom UNHCR oder dem Danish Refugee Council leihen, um "ins Feld" zu fahren und vor Ort zu sein. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Kommunen nicht miteinander kommunizieren - so schicken sie zum Beispiel zurückgekehrte Albaner in den Norden von Mitrovica, obwohl dies aufgrund der Sicherheitslage nicht zu vertreten ist, denn der Norden von Mitrovica ist serbisch dominiert und für Albaner nicht sicher.
**Gespräche mit Familien:**

**Familie Osman Osmanaj**

Die Familie ist im August 2008 abgeschoben worden, nachdem sie elf Jahre in Böblingen in Deutschland gelebt hat. Wir sind schockiert als wir erfahren, dass der Vater 36 Jahre alt ist, denn er sieht mindestens 15 Jahre älter aus. Die Familie hat fünf Kinder, die kranke Mutter, die im Rollstuhl sitzt, wurde ebenfalls aus Deutschland abgeschoben. Osman wirkt regelrecht verzweifelt, sehr niedergeschlagen, er erzählt uns in einwandfreiem schwäbischem Dialekt, dass sie keinerlei finanzielle Unterstützung bekommen und buchstäblich, so drückte er sich aus, "von der Strasse leben". Das Haus besteht aus zwei Zimmern, im "Wohnzimmer" stehen keine Möbel. Der Vater hat in Deutschland bei Daimler gearbeitet und sagt, er sei nie arbeitslos gewesen. Sie wohnen nun in Roma-Mahala und müssen für das Haus Miete bezahlen, denn dieses Haus ist ursprünglich für eine andere Familie gebaut worden. Die Familie ist in dieser Kommune nicht registriert, denn sie verfügen nicht über die dafür notwendigen Dokumente. In ihre alte Heimatgemeinde können sie nicht zurückkehren, dort sei es zu unsicher für sie. Deshalb möchte die Familie auch nicht, dass wir ein Foto von ihnen machen. Sie scheinen Angst zu haben, dass sie jemand findet. Die Mutter sagte "Keine Fotos machen, das ist zu gefährlich für uns." Die Kinder gehen zur Schule, und langsam wird ihr albanisch besser. Osman erzählt uns, dass viele Abgeschobene gleich weitergezogen sind nach Serbien, dort sei die Lage stabiler und man könnte dort besser leben. Sie haben hier keine Kontakte zu anderen Roma, denn sie sind nicht aus dieser Gegend und die Roma-Gemeinschaft ist sehr in sich geschlossen.

**Familie Nexhmedin Hajdari**

Die Familie hat vier Kinder, von denen zwei in Deutschland geboren wurden. Sie haben elf Jahre in Blaubeuren in Ulm gelebt und sind im September 2008 aus Deutschland abgeschoben worden. Der Vater hat in Deutschland sieben Jahre als Hausmeister gearbeitet, zum Schluss ein halbes Jahr auf dem Schrottplatz. Er erzählt uns, dass ihn eines Morgens sein Chef angerufen hat und fragte, wo er denn bleibe. Er musste antworten, dass er sich auf dem Flughafen befindet, denn er und seine Familie werden jetzt gerade abgeschoben. Die Polizei kam in der Nacht, um drei Uhr, riss die Familie aus dem Schlaf und gab ihnen eine halbe Stunde Zeit, ihre Sachen zu packen. Als sie in Prishtina gelandet sind, hat keine Behörde, niemand, sie empfangen. Sie haben einfach ein Taxi nehmen müssen und sind in die Roma-Mahala gefahren. Die dreizehnjährige Tochter Fatima erzählt, dass sie hier ein Jahr in der Schule verloren hat, da sie natürlich nicht albanisch sprechen konnte. Sie meint, es würde schon so viel helfen, wenn das Haus doch ein bisschen größer wäre. Sie hätte noch nicht einmal genug Platz, um Hausaufgaben zu machen. Die Familie lebt zu siebt in einem Haus, das aus zwei Zimmern besteht, jedes davon hat ca. 12 qm. Momentan erhalten sie noch einen geringen Betrag Sozialhilfe, da einer der kleinen Söhne jünger als fünf Jahre ist. Dann werden sie nichts erhalten. Der Vater und die Mutter sind arbeitslos.